beziehungen gemeinsam über einen Empfänger Direktbezug durch den VEB Chemiehandel wünschen. In allen anderen Fällen erfolgt die Belieferung durch die BHG. Die BHG berechnen bei der Belieferung sozialistischer und kircheneigenbewirtschafteter Landwirtschaftsbetriebe die in der Anlage 2 veröffentlichten Handelsspannen bzw. Entgelte.“

§ 7

Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1967 in Kraft.

Berlin, den 25. November 1966

**Der Vorsitzende
des Landwirtschaftsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

Ewald
Minister

**Anordnung Nr. 2*
über die Kreditgewährung für Investitionen der
sozialistischen Produktionsgenossenschaften
der Landwirtschaft.**

Vom 26. November 1966

Zur Änderung der Anordnung vom 28. Januar 1965 über die Kreditgewährung für Investitionen der sozialistischen Produktionsgenossenschaften der Landwirtschaft (GBl. II S. 157) wird folgendes angeordnet:

§ 1

§ 2 Absätze 1 und 3 erhalten folgende Fassung:

„(1) Der Kredit wird den Genossenschaften für alle Investitionen des bestätigten Betriebsplanes gewährt, unabhängig davon, ob es sich um Investitionen innerhalb des Investitionsplanes oder um Investitionen außerhalb des Investitionsplanes gemäß § 33 der Investitionsverordnung vom 25. September 1964 (GBl. II S. 785) handelt. Der Kredit wird insbesondere für die intensive erweiterte Reproduktion, zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, für den weiteren Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden, zur Förderung von Kooperationsbeziehungen und Einrichtungen zur Konzentration von Arbeitsprozessen und zur Senkung der Lagerungs- und Konservierungsverluste ausgereicht. Voraussetzung für die Kreditgewährung ist der von den Genossenschaften zu führende Nachweis über den ökonomischen Nutzeffekt der Investitionen und der Einsatz eigener Mittel zum Zeitpunkt der Investitionen. Die Höhe

der Beteiligung mit eigenen Mitteln richtet sich nach dem Entwicklungsstand der Genossenschaften, ihren Produktionsbedingungen sowie dem Umfang der geplanten Investitionen und ist zwischen den Genossenschaften und der Bank festzulegen.

(3) Die Laufzeit des Kredits wird zwischen Bank und Genossenschaft vereinbart. Dabei ist unter Berücksichtigung der Entwicklung der Akkumulation in der Genossenschaft auf eine schnelle Rückzahlung des Kredits zu orientieren. Die Rückzahlung des Kredits beginnt mit dem 1. Januar des Jahres, das der Anschaffung bzw. Fertigstellung der Investition folgt. Als maximale Laufzeiten gelten:

für Meliorationsvorhaben einschließlich Wegebau 90 % der normativen Nutzungsdauer

für Bauten der Schweinemast (außer bei Kooperationsgemeinschaften mit Spezialisierung auf Schweinemast) sowie für die Schaffung von Reparaturkapazitäten und Unterstellmöglichkeiten der Technik

50 % der normativen Nutzungsdauer

für Behelfsbauten

10 Jahre

für alle übrigen Bauvorhaben einschließlich Gewächshäuser

90 % der normativen Nutzungsdauer

für Maßnahmen der Außen- und Innenmechanisierung, soweit diese nicht Bestandteil eines Gebäudes' sind und nicht zu den Maßnahmen gehören, die auf Weisung des Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates der Deutschen Demokratischen Republik nur mit Eigenmitteln durchgeführt werden können

8 Jahre
für LPG Typ III sowie für den Ankauf von Technik durch LPG Typ I/II zur gemeinsamen Nutzung durch mehrere Genossenschaften auf der Grundlage von Kooperationsverträgen.“

§ 2

Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1967 in Kraft.

Berlin, den 26. November 1966

Der Minister der Finanzen
I. V.: Kaminsky
Erster Stellvertreter des Ministers

* Anordnung (Nr. 1) vom 28. Januar 1965 (GBl. II Nr. 20 S. 157)